

Auszüge aus:



Freies Denken

Zum Archiv

Nr. 4, Januar
2001, 49.
Jahrgang
Mitteilungsblatt
des
**Humanistischen
Verbandes NRW;**
ISSN 0947-3432

Körperschaft des
öffentlichen
Rechts;
Interessenvertretu
ng für
Konfessionsfreie

Die Ereignisse der Weltgeschichte _____

Jetzt hilft nur noch ...

... kühlen Kopf zu bewahren.

Nach den Terrorangriffen auf Ziele in den Vereinigten Staaten von Amerika konnten wir es allerorten sehen und hören: Trauergottesdienste, ökumenische Trauerfeiern, Gebete hier und dort; alles nach dem Motto: Jetzt hilft nur noch beten!

Vorschnell wurde von einem nun folgenden Kreuzzug gegen das Böse gefaselt, wurde Rache geschworen, "Auge um Auge, Zahn um Zahn" in Aussicht gestellt, sogar ein Krieg der Religionen analysiert.



Beide Protagonisten, sowohl Usama Bin Laden als auch Georg W. Bush, berufen sich bei ihrem Handeln auf ihren Gott und greifen auf die jeweilige Erlösungsrhetorik von Gut und Böse zurück.

Nun, da könnten wir Atheisten und Humanisten meinen: Da sind wir ja fein raus. Zu dumm nur,

wenn man zwischen die Fronten gerät. Die einen würden uns Gottlose kalt machen, die anderen zumindest kalt stellen.

Über Bin Laden und seine fundamentalistischen Glaubensansätze konnten wir in den letzten Wochen in Zeitungen, Radio- und Fernsehsendungen genügend viel erfahren.

Was wissen wir über Herrn Bush?

George W. Bush nutzt das Amt des US-Präsidenten als missionarische Kanzel. Er drängt Religion und Kirchen in eine größere Rolle des öffentlichen Lebens. Die ersten Initiativen des Präsidenten sprechen Bände: Im Bildungswesen, in der Wohlfahrtspflege und in der Frage der Familienplanung besteht Bush auf einer Hauptrolle von "Glaubens-basierten Organisationen" und fordert damit die traditionelle Trennung von Staat und Kirche in den USA heraus und reißt mit seiner Präsidentschaft tiefe politische, soziale und religiösen Kluften auf.

Seine erste Initiative, die Bush als Präsident unterschrieb: Keine Mittel der öffentlichen Hand können in Übersee für Familienplanungsprogramme ausgegeben werden. In absehbarer Zeit ist durchaus möglich, dass er eine Aufhebung des legalen Schwangerschaftsabbruchs im eigenen Lande erreicht. Dies wäre eine weitere Verbeugung vor den religiösen Rechten.

Er selbst genoss noch vor Jahren wilde Trinkgelage mit gestandenen Männern, änderte aber nach einem Gespräch mit dem Prediger Billy Graham sein Leben. Als wiedergeborener Christ meidet Bush seitdem Versuchungen wie Alkohol und geht regelmäßig in die Kirche.

Jürgen Habermas, der wichtigste deutsche Gegenwartsphilosoph plädierte in seiner Dankesrede für den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels für einen größeren Respekt vor religiösen Sichtweisen.

Nun sind Aussagen von Herrn Habermas immer interpretationsfähig und in der Regel muss er sie jeweils erläutern, weil sie sonst niemand versteht.

Er wird doch wohl nicht meinen, dass wir uns mit der Scharia der Muslime anfreunden, mit Steinigung für vorehelichen Geschlechtsverkehr oder Handabhacken bei Diebstahl. Doch wohl auch nicht damit, dass Mädchen und Frauen keine Schulausbildung haben dürfen und vieles andere mehr.

Oder meint er, wir sollten Respekt vor den Killerbrigaden Israels haben, die auf ihren Todeslisten stehende Palästinenser aus Vergeltung (Auge um Auge, Zahn um Zahn) liquidieren und dies religiös begründen.

Vielleicht meint er, müßten wir mehr Verständnis für unsere beiden christlichen Großkirchen aufbringen, die während der Naziherrschaft durch kollektives Wegschauen den Holocaust erst möglich machten.

Recht hat er wohl mit seiner Analyse, dass die Wurzel des Terrorismus vor allem in "Gefühlen der Erniedrigung" und weniger in der Armut der Menschen in der Welt liegt.

Die Trauer um die Opfer der hinterhältigen Anschläge auf die Menschlichkeit am 11. September sollte uns nicht blind machen für unbedachtes Rachehandeln. Ziviles Handeln verlangt Besonnenheit !

Um derartige Verbrechen zu bestrafen, sind angemessene rechtsstaatliche Sanktionen notwendig. Die Ausführenden der verbrecherischen Anschläge haben sich selbst umgebracht und dabei Tausende mit in den Tod gerissen. Es ist deshalb nur noch möglich, eventuelle Anstifter und Helfer ausfindig zu machen und zu bestrafen.

Der Beschluß der NATO, die Anschläge in den USA als Bündnisfall zu behandeln, ist unangemessen und weit überzogen. Nicht Krieg, sondern gerechte Strafe, nicht neue Gewalt, sondern eine Außen- und Entwicklungspolitik, die der Gewalt den Boden entzieht, sind jetzt notwendig. Die Verfolgung schwerer

internationaler Verbrechen verlangt politisches Handeln. Dabei ist besonders darauf zu achten, dass nicht wegen einzelner Verbrechen ganze Länder, Bevölkerungen oder Religionsgemeinschaften diffamiert oder sogar angegriffen werden.



Der Angriff auf Afghanistan trifft, wie wir sehen, den ärmsten Teil der Bevölkerung am meisten. Da wird schon mal eine Lagerhalle des Roten Kreuzes mit einem Munitionsdepot der Taliban verwechselt, eine Armensiedlung mit einem Militärlager und die Einrichtung einer UN-Hilfsorganisation stand vielleicht (wie schon mal die chinesische Botschaft in Serbien) auf einem veralteten Stadtplan. Ein solches Unrecht verstärkt den Haß, Fanatismus und gewalttätiges Aufbegehren gegen den reichen Teil der Erdbevölkerung und arbeitet den religiösen Fundamentalisten weltweit in die Hände.

Auch in unserem Land faseln sie schon wieder von Patriotismus, stellen sich Regierung und Parlament bedingungslos hinter unseren Partner USA. Gesetze werden handstreichartig geändert, Steuern erhöht: Rauchen gegen den Terrorismus. Die Wiederbelebung der Rasterfahndung feiert fröhliche Urständ, die sich schon zu Terrorismusfahndungszeiten in diesem Land als untauglich erwies. Tausenden von politisch aktiven jungen Menschen verbaute sie aber den beruflichen Werdegang, weil sie unter den sogenannten Radikalenerlass fielen.

Geraten z.B. die Herren Wickert und Grass in die Rasterfahndung nur weil sie die Wahrheit gesagt haben?

Also liebe Politiker: Kühlen Kopf
behalten! *Dieter Grützner*

Internationale braune Terroristen drohten schon lange mit Terror in den USA

Und alle berufen sich auf Gott, die Guten wie die Bösen

Von Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN-BdA

Besonders zwei Darstellungen in den Medien, in denen über das ungeheure Verbrechen an den Menschen in New York, in Washington und in den Zivilflugzeugen berichtet wird, geben zu denken: Die Gewißheit, mit der ausländische Terroristen – und nur sie allein und angeblich ohne Hilfe von US-Bürgern – als Mörder genannt werden. Ferner die Tatsache, dass das religiöse "Martyrertum" der Selbstmordtäter nie problematisiert wird. Dabei konnte sogar auf deutschen Internetseiten der Nazis nachgelesen werden, wie Rechtsextremisten aus den USA sich auf den Krieg gegen die "Zionisten" vorbereiten und wie sie quasi-religiösen Wahn für ihre mörderischen Pläne nutzen.

Auf der Homepage des Nationalen Widerstandes Ruhr NRW wurden (laut "Blick nach rechts", Nr. 2/01)

seit geraumer Zeit Terroraufrufe des "Weißen Arischen Widerstandes" verbreitet, der in Dortmund seinen Postfachszitz hat. Unter Bezugnahme auf William Pierce, Führer der Neonazis der USA, werden die Gesinnungskameraden zum Krieg gegen das ZOG-System aufgerufen, wobei ZOG für "zionist occupied government" - zionistisch beherrschtes Regime - steht.

Der "Untergang der weißen Rasse" soll gestoppt werden. Ein Kultbuch der Nazis in der ganzen Welt sind die "Turner Tagebücher" von Andrew McDonald, mit richtigem Namen William Pierce, Führer der mitgliederstärksten Neonazitruppe in den USA, die National Alliance (NA). Die fiktive Romanfigur Earl Turner befindet sich im Kriegszustand mit dem ZOG-System. In Guerilla-Manier werden von Turner und Kameraden öffentliche Gebäude bombardiert, auf das Capitol prasseln Mörsergranaten, das Pentagon wird Opfer eines Selbstmordattentats mittels mit Atombomben beladenem Flugzeug!

Zu einem anderen US-amerikanischen Rechtsextremisten, Timothy McVeigh, unterhielten die Duisburger "Jungen Nationaldemokraten" Kontakt (wie ebenfalls "Blick nach rechts" berichtete). McVeigh wurde kürzlich in den USA hingerichtet. Er hatte 1995 das Attentat von Oklahoma begangen, dem 168 Menschen zum Opfer fielen. Die NPD-Jugendlichen: Tim McVeigh reihte sich ein in die ewigen Kriegerreihen der Helden unserer Bewegung. Antijüdische und antikommunistische Attentate propagiert auch der in Lübeck einsitzende Polizistenmörder und Neonazi Kay Diesner. Auch er preist die Turner Diaries an, und seine Terroraufrufe passieren die Knastkontrollen der deutschen Gefängnisse. Auch Selbstmordattentate sind unter Neonazis propagiert worden. Vor über einem Jahr erschoss ein Neonazi in Dortmund und im Kreis Recklinghausen drei Polizistinnen und Polizisten, bevor er sich selbst umbrachte. Er war einer von uns, schrieben deutsche Neonazis später in anonymen Flugblättern, die beim Neonazi Michael Krick gefunden wurden. Dieser bemüht aus seinem Exil sogar den Germanen-Kult. Krick an seine Bande: Zeigt kein Erbarmen und keine Reue. Sieg oder Walhalla. Dem Mörder und Selbstmörder wird auch hier der Einzug ins Paradies verheißen. (Nach Westfälische Rundschau) Unter Berufung auf die großen Weltreligionen wird von Terroristen und Kriegstreibern immer wieder ähnliches ausgesagt. Es wird allgemein zugelassen, dass von reaktionären Politikern im Namen der Religionen verbreitet wird, Kriege seien von Gott erlaubt, wenn es heilige oder gerechte Kriege sind. Der Kämpfer und Soldat sei ein Märtyrer, der ins Paradies einzieht, wenn er tötet und getötet wird. So wird wir erleben es in Nahost und nun in USA - die Hemmschwelle zum Massenmord gesenkt. In allen großen Religionen gibt es Strömungen mit dieser bösen Logik. Es gibt diese Lehre vom Krieg auch bei Kirchenvertretern unseres Landes, in dem ein hoher Bischof einmal im Jahr im Kölner Dom die Soldaten um sich sammelt, um ihnen zu versichern: Einem Gott lobenden Soldaten kann man guten Gewissens Verantwortung über Leben und Tod anderer übertragen. In der betenden Hand sei das Gewehr vor Missbrauch sicher. Nie zurückgenommen wurde jenes Gebetbuch für Soldaten, in dem die deutsche katholische Kirche wenige Tage vor Beginn des zweiten Weltkrieges 1939 den Soldaten einschärfte: An der Front ist mein Platz, und wenn es mir noch so schwer fällt. Falle ich dort, was macht das! Sterben müssen wir alle einmal, und einen Tod, der ehrenvoller wäre als der auf dem Schlachtfelde in treuer Pflichterfüllung, gibt es nicht.. Es fällt auf, dass zwar der Terror, wie jetzt in USA, allgemein verurteilt wird, aber niemand von Seiten der Religionsgemeinschaften daran geht, die verbrecherische Anstiftung zum Märtyrertum der Selbstmordattentäter in Frage zu stellen. Liegt das daran, dass es in allen großen Religionen derartige Konzeptionen gab oder gibt? Sollte nicht von den Religionsführern verlangt werden, eine Konvention zu erarbeiten, die religiöses Märtyrertum als Mittel der Kriegführung ächtet?

Fällig wäre eine UNO-Erklärung, die besagt: Religiös verbrämte Kriegshetze darf nicht länger von der Religionsfreiheit gedeckt werden. Wer immer noch in vielen Konflikten den Muslimen einredet, ihre Gewalttaten seien gerechtfertigt und werden im Paradies belohnt, wenn sie an Gottes Gebote glauben (Bin Laden laut Frankfurter Rundschau vom 12. 9. 01), der ist ein verbrecherischer Kriegshetzer. Und wer zu solchen Theorien schweigt, ist es auch, oder er wird zumindest mitschuldig. Insofern ist auch Präsident Bushs Aufruf: "Gott segne die Opfer, ihre Familien und Amerika" höchst fragwürdig. Gott wird für die Politik des Krieges vereinnahmt. Was werden die USA im Namen Gottes noch alles unternehmen, um die Toten vom 11. September zu rächen? Hunderte unschuldige Todesopfer in Afghanistan sind schon zu beklagen.

Am späten Abend jenes 11. September rief mich ein Freund aus den USA an, ein frommer Mensch. Er sagte mir: Nun können die Amerikaner mal nachfühlen, wie es den Unschuldigen erging, die von unserer

Armee im Irak und in Vietnam zusammengebombt wurden. Aber sie werden wohl wieder nur nach Rache rufen.

Zehn NRWler zur Bundesdelegiertenversammlung (BDV) nach Hannover

Nach jahrelanger Diskussion in Gremien und Arbeitskreisen der Landesverbände und des Bundesverbandes soll auf der bevorstehenden BDV des Humanistischen Verbandes am 10.11. ein neues Humanistisches Selbstverständnis verabschiedet werden.

Für den neu zu wählenden Bundesvorstand schlägt unser Landesverband Rolf Stöckel zur Wiederwahl als Bundesvorsitzenden, Jürgen Springfeld als Schatzmeister und Helmut Häring als Revisor vor.

Gegen Segnung

Bundeskanzler Schröder hat sich gegen eine Segnung staatlicher Gebäude ausgesprochen. Es könnte als Verstoß gegen die Neutralitätspflicht des Staates aufgefaßt werden, wenn bei einem staatlichen Akt der Weltanschauung nur eines Teils der Bevölkerung Rechnung getragen würde.

Leserbriefe

Betr.: Gentechnik-Debatte

Mit großem Interesse verfolge auch ich die derzeitige Debatte. Deshalb habe ich mich auch über den Artikel in Freies Denken und den Abdruck des Rednerbeitrags unseres Präsidenten Rolf Stöckel im Bundestag, dem ich voll und ganz zustimmen kann, sehr gefreut.

In der Rheinischen Post, Düsseldorf wurde eine Erklärung des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, Hubert Markl mit der Überschrift "Gegen den Geist einer unbarmherzigen Moral" veröffentlicht, in welcher Markl u.a. die Auffassung vertritt, dass eine befruchtete Eizelle noch lange kein Mensch sei. M.E. spielt gerade diese Frage in der gegenwärtigen Debatte eine Schlüsselrolle. Denn auch nach meinem Verständnis kann sich ein neuer Mensch nur in Verbindung zu einem mütterlichen Körper entwickeln. Das bedeutet, dass sich - wie bei der natürlichen Zeugung auch - erst durch eine erfolgreiche Einnistung einer befruchteten Eizelle in die weibliche Gebärmutter ein neues Menschenleben entwickeln kann. Dieser Vorgang ist nach meinem Verständnis eine Art Initialzündung. Erst ab diesem Zeitpunkt kann man - wenn überhaupt - von dem Beginn eines neuen Menschenlebens sprechen.

Wer aber, wie z.B. unser Bundespräsident Johannes Rau, schon in noch aus

serhalb des Mutterleibs existierenden Embryonen den Beginn des menschlichen Lebens sieht, mit der Konsequenz, dass die Verwendung solcher Embryonen bereits gegen die Gebote der Menschenwürde verstoße, der errichtet damit m.E. bewusst Barrikaden gegen jede Möglichkeit einer Forschung mit dem Ziel, zum Wohl der Menschen, zur Heilung von schweren Erkrankungen und zur Verhinderung von Erbkrankheiten auf. M.E. darf eine Forschung, die dem Wohl der Menschen dienen will, nicht durch gesetzliche Schranken verhindert werden. Jede missbräuchliche Benutzung von Embryonen müsste allerdings durch gesetzliche Verbote ausgeschlossen werden.

Es wird sicherlich eine wichtige Aufgabe des Humanistischen Verbandes bleiben, in diesem Sinne in der weiteren Gentechnik-Debatte mit Nachdruck seine Stimme zu erheben.

Otto Beil, Düsseldorf

Bei dieser Debatte wird von seiten der Industrie und der Forscher mit gezinkten Karten gespielt.

Die Möglichkeit der Heilung bisher unheilbarer Krankheiten dient nur als vorgeschobenes Argument zur

Volksverdummung. In Wirklichkeit geht es der chemisch-pharmazeutischen Industrie um neue Absatzmärkte und den Wissenschaftlern um hochdotierte Arbeitsplätze.

Solange die Auswirkungen gentechnisch manipulierter Organismen nicht bekannt sind, besteht die Gefahr, daß man mehr zerstört als was geheilt wird. Im Falle einer systematischen Anwendung der Gentechnik wird alle Kreatur als Manipulationsobjekt zurückbleiben. Mit dieser Technologie sind Risiken verbunden, die vielleicht erst in hundert Jahren deutlich werden.

Alle unheilbaren Krankheiten einschließlich Krebs und AIDS haben die Menschheit nicht in ihrem Bestand bedrohen können. Welche Risiken durch eine außer Kontrolle geratene Gentechnik drohen könnten, kann heute niemand beurteilen.

Die Forscher in ihren Labors haben zwar viel Wissen, aber haben sie auch die Moral, damit verantwortungsbewußt umzugehen?

Horst Grzywaczewski, Iserlohn

LER verteidigen! Humanistischen

Lebenskundeunterricht durchsetzen!

Der Humanistische Verband Berlin-Brandenburg (HVBB) bedauert die Entscheidung des SPD-Landesparteitages vom 13. Oktober 2001. Danach erklärt sich die SPD bereit, einen Vergleich mit den Kirchen und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion anzustreben. Und das, obwohl die Kirchen die Verfassungswidrigkeit von LER vor dem Bundesverfassungsgericht nicht nachweisen konnten und ein Kompromiss für die Zukunft weder Rechtsklarheit noch Rechtsfrieden brächte.

Der HVBB wendet sich gegen Schlichtungsverhandlungen. Statt eines Wahlpflichtfaches Religion hat Brandenburg nach Jahren politischer Anschuldigungen einen Anspruch auf einen klaren Richterspruch. Der HVBB befürchtet, dass mit dieser Entscheidung das Unterrichtsfach Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (LER) weiter gegenüber dem Religionsunterricht entwertet wird. Schon jetzt haben Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, am Religionsunterricht teilzunehmen. Dagegen wird das Anliegen des Humanistischen Verbandes auf freiwilligen Humanistischen Lebenskundeunterricht nach wie vor von der Landesregierung abgelehnt.

Der HVBB fordert die verfassungsmäßige Gleichbehandlung aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und die Zurückdrängung des privilegierten Einflusses der evangelischen Kirche auf das Schulwesen in Brandenburg.

Der HVBB befürwortet und unterstützt LER als bundesweit bedeutendes integratives Projekt und will sich mit folgenden Maßnahmen verstärkt in LER einbringen: Mitarbeit in Beiräten und Gremien; Mitarbeit in der Lehreraus- und Lehrerfortbildung; Mitarbeit bei der LER-Rahmenplangestaltung; fachliche Vorbereitung "authentischer Vertreter" des HVBB; Einsatz "authentischer Vertreter" im LER-Unterricht

Zwischenzeitlich hat das Bundesland Brandenburg im Verfassungsstreit um den Status des freiwilligen Schulfachs Religion den Weg für einen Vergleich freigemacht.

In Würde sterben

Der niederländische Parlamentsbeschluss für ein Euthanasie-Gesetz hat in Deutschland zu einer breiten Debatte über aktive Sterbehilfe geführt. Obwohl sich nach Meinungsumfragen unterschiedlicher Institute eine große Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung für die aktive Sterbehilfe ausspricht, stößt sie bei deutschen Politikern auf breite Ablehnung.

Die WAZ-Dortmund veranstaltet am 21. November ab 18.00 Uhr eine Podiumsveranstaltung zum

brisanter Thema Sterbehilfe im Hause Brüderweg/Ecke Moritzgasse. In der Talkrunde ist der Humanistische Verband durch Dieter Grützner vertreten.

Anmeldung für JugendFEIER 2002



Die Humanistischen JugendFEIERN für das nächste Jahr sind bereits in der Vorbereitungs- und Planungsphase.

Bitte geben Sie die Information an interessierte Eltern und Jugendliche weiter. Genaue Termine werden in der nächsten Ausgabe bekannt gegeben. Fest steht jedoch, dass Veranstaltungen in Bielefeld, Dortmund, Hagen und Wuppertal im Mai und in Duisburg im Herbst stattfinden werden.

Infomaterial kann wie immer in der Geschäftsstelle Dortmund ☎ 0231 527248 angefordert werden.

Einladung in den Kreis Unna

Kreisheimatpfleger Jürgen Ortlepp, Mitglied im Humanistischen Verband und aktiver Sprecher bei weltlichen Trauerfeiern, lädt alle interessierten Mitglieder zu einer Kreis-Fahrt in den Landkreis Unna ein.

Anfahrtstationen sind unter anderem das Schloss Cappenberg, die Hünengräber in der Nähe von Selm, das Naherholungsgebiet Ternscher See und der Yachthafen "Marina Rünthe".

Interessenten melden sich bitte in der Landesgeschäftsstelle 0231 527248. Bei genügend Teilnehmern wird die Terminplanung ins Auge gefasst.

Respekt- Kampagne mit JuHu's

"Respekt" fordert das Plakat des Dortmunder Jugendrings, des Jugendamts und des Ring politischer Jugend.

Das auffällige Plakat ist zu einem Renner geworden. Der Begriff Respekt ist in 16 Sprachen übersetzt und farblich dargestellt.

Die Organisatoren der Kampagne haben es sich zur Aufgabe gemacht, das friedliche Zusammenleben der Kulturen zu fördern. Dabei wurde nicht mit dem erhobenen Zeigefinger gemahnt, sondern in drei Wochen an sieben Schulen der Begriff positiv erklärt.

Dieter Grützner vertrat an einem Tag unseren Jugendverband Junge Humanisten (JuHu's), der Mitglied im Dortmunder Jugendring ist. Auch unser Präsident Rolf Stöckel war an dieser Aktion als Kinderbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion beteiligt.

Plakate, Postkarten und Anstecker sind über die Landesgeschäftsstelle zu beziehen.

Theater: "Corpus Christi" in Köln

Als Skandalstück wird eine Inszenierung des Amerikaners Terrence McNally bezeichnet, das Jesus und

seine Jünger als trinkfreudige Homosexuelle zeigt.

Während im ausverkauften Theater die Premiere begeistert beklascht wurde, hatten sich vor dem Eingang rund 300 Christen zur Protestandacht eingefunden.

"Corpus Christi" ist auch der Name einer texanischen Großstadt, in der der Autor des Stückes aufgewachsen ist.

Joshua, die Hauptfigur des Stückes, wird an seiner Schule als Schwuler drangsaliert und daraufhin von einer Gruppe verteidigt. Die Parallelen zur christlichen Heilsgeschichte sind eher abstrus.

Während es bei der deutschen Erstaufführung in Heilbronn noch Bomben- und Morddrohungen gegeben hatte, blieb es in Köln eher friedlich. Jedoch wurde eine Strafanzeige nach § 166 gegen die Theaterleute erstattet.

400 "Hexer" umgebracht

Bei einer so genannten Hexenjagd im Nordosten Kongos sind im Juli bis zu 400 Menschen umgebracht worden. Die Opfer wurden der Hexerei bezichtigt und von einer aufgebrachten Menge mit Macheten, Stöcken und Steinen niedergemetzelt. Rund 300 weitere Opfer konnten vor den Angreifern fliehen. Sie seien zum Teil schwer verletzt worden.

Aberglauben und Hexerei sind in dem zentralafrikanischen Land weit verbreitet. Unklar ist bislang jedoch, was das jüngste Blutbad im Dschungel Kongos ausgelöst hat.

Kirchgeld verärgert die Männer

"Dann muss meine Frau eben auch noch aus der Kirche austreten" schimpft ein wütender Ehemann ins Telefon. Seit die evangelischen Kirchen das "Besondere Kirchgeld" eingeführt haben, häufen sich die Beschwerden bei der eigens eingerichteten Hotline, so berichtet die Evangelische Presse. Jeder dritte Anrufer ist nicht damit einverstanden, dass dieses Kirchgeld rückwirkend an berechnet wird. In zahlreichen Ehen sind die alleinverdienenden Ehemänner aus der Kirche ausgetreten, Frau und Kinder blieben steuerfrei Mitglieder. In diesen Fällen berechnen die Finanzämter das besondere Kirchgeld.

In der Konstellation, dass der Mann Mitglied im Humanistischen Verband NRW ist, der ebenso wie die Kirchen eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist, und Frau und Kinder sind Mitglied der evangelischen Kirche, gilt:

Mitgliedsbeiträge an den Humanistischen Verband werden auf die zu entrichtende Summe des besonderen Kirchgelds angerechnet. Also: Um so mehr Beitrag an den Humanistischen Verband gezahlt wird, um so niedriger ist die zu entrichtende Kirchensteuer.

Landesverbände stärken "diesseits"

Im neuen Jahr wird nicht nur der Euro eingeführt. Ab 2002 fördert der Humanistische Verband NRW die bundesweite Mitgliederzeitung "diesseits".

Das bedeutet, dass im Jahre seines 50jährigen Bestehens die Mitgliederinformation Freies Denken sein Erscheinen einstellt.

Statt dessen erhalten zukünftig alle Mitglieder, die einen Mindestbeitrag von monatlich 3 Euro entrichten, vier mal im Jahr (März, Juni, September und Dezember 2002) die Zeitschrift "diesseits" kostenlos mit den Nachrichten aus Nordrhein-Westfalen im Innenteil.

Andere Landesverbände des Humanistischen Verbandes haben sich ebenso wie wir in Nordrhein-

Westfalen entschieden. Damit ist langfristig das Erscheinen unserer Mitgliederzeitschrift "diesseits" gesichert.

Selbstverständlich sind alle Mitglieder und Interessenten nach wie vor herzlich eingeladen, zu unseren Artikeln **Leserbriefe** zu schreiben.

Weiterhin sind wir an Aktivitäten und Berichten aus den Ortsgemeinschaften interessiert.

Beachten Sie bitte die nachfolgenden Redaktionsschluss- Termine: 14.01., 15.04., 12.08. und 14.10.2002.

Noch einmal: Bei einem Monatsbeitrag von mind. 3 Euro ist der Bezugspreis der "diesseits" im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Den Papst im Portemonnaie

Mehrere Milliarden Euro-Scheine wälzen sich in diesen Monaten durch die Druckmaschinen der europäischen Geldfabriken. Bald zahlt der Europäer nur noch mit druckfrischen Banknoten. Bei den Münzen liegt der Fall ein wenig anders. Sie sind nicht nur europäisch, sondern auch national geprägt: ein Adler mit gespreizten Flügeln, fliegende Schwäne, die lächelnde Göttin Venus - oder vielleicht das Konterfei des Papstes?

Was die einzelne Nation auch prägt, es wird schon bald europaweit im Umlauf sein. Ein laizistischer Staat wie Frankreich müsste dann auch Münzstücke mit religiösen Motiven, etwa aus dem Vatikan, im Staatssäckel akzeptieren.

Beispiel Niederlande: Der Vorschlag, den Rand der Zwei-Euro-Münze mit der Aufschrift "God zij mit ons" (Gott sei mit uns) zu versehen, stieß auf heftigen Widerstand des dortigen "Humanistischen Verbandes". Gott, an den viele Niederländer nicht glauben, haben auf den Münzen nichts zu suchen, argumentierten die Humanisten. Der niederländische Finanzminister entschied dennoch, den Schriftzug, der seit 1816 den Rand des holländischen Gulden umlief, auch dem Euro einzuprägen.

Tausende bekennen sich zu

Jedi-Glauben

Bei einer Volkszählung in Großbritannien haben mehr als 10.000 Science-Fiction-Fans den für die "Star-Wars"-Filme frei erfundenen Jedi-Glauben als ihre Religion angegeben. Damit sei das Statistische Amt Großbritanniens gezwungen, bei der Frage nach der Religionszugehörigkeit vom kommenden Jahr an in seinen Formularen auch den Jedi-Glauben aufzunehmen.

Nach Angaben des zuständigen Amtes hat dies jedoch mit einer offiziellen Anerkennung als Religionsgemeinschaft nicht zu tun.

Warum die Steiner- Pädagogik keine Alternative ist

Noch immer gilt die Waldorfpädagogik als "kreativitätsfördernde" und "freiheitliche" Alternative zum staatlichen Bildungssystem. Eine der Autoren des soeben erschienenen Buches "Aus der Waldorfschule geplaudert" schildert aus der Perspektive einer "Waldorf"-Mutter, warum Menschen auf das Angebot Waldorf eingehen, wie im Schulalltag erste Konflikte entstehen und inwiefern sich die anthroposophische Ideologie im Unterricht wiederfindet. Diese authentischen Schilderungen werden eingerahmt von Informationen über Rudolf Steiner, Esoterik und das historisch-ideologische Umfeld, in dem die Waldorfpädagogik entstand. Zu beziehen beim Humanitas Verlag. DM 28,00.

Weg für Vergleich im Streit um

Schulfach LER frei

Das Kabinett beschloss, sich auf einen entsprechenden Vorschlag des Bundesverfassungsgerichts einzulassen. Zuvor hatten bereits Beschwerdeführer und Kläger gegen das konfessionsfreie Brandenburger Schulfach Lebensgestaltung, Ethik, Religionskunde (LER) beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ihre Bereitschaft zu einem Vergleich erklärt. Elternvertreter, evangelische und katholische Kirche sowie die Unions-Bundestagsfraktion wollten als Beschwerdeführer beziehungsweise Kläger die Rechtswidrigkeit des brandenburgischen freiwilligen Schulfachs LER und den Status der ebenfalls freiwilligen Alternative Religion als Pflichtfach feststellen lassen.

Landesversammlung stärkt Mitgliederrechte

Bericht von der außerordentlichen Landesversammlung am 03.10.

Mitglieder, ohne Anbindung an eine Ortsgemeinschaft, gehen mit größeren Mitbestimmungsrechten aus der a.o. Landesversammlung am 03.10. in Dortmund hervor.

Die alte Landesverfassung räumte unseren Einzelmitgliedern, also den Mitgliedern, die sich nicht einer traditionellen Ortsgemeinschaft anschließen konnten, keine Einflußmöglichkeiten ein.



Die Verfassungskommission des Landesvorstandes erarbeitete eine Verfassungsänderung, die von den Delegierten der Landesversammlung einstimmig angenommen wurde.

Danach ist die Organisationsform, bei der sich Ortsgemeinschaften zu Bezirken zusammenschlossen, aufgehoben. Statt dessen wurden die Grenzen der Regierungsbezirke für unseren Landesverband eingeführt. Die darin wohnenden Einzelmitglieder können nun Delegierte zur Landesversammlung, dem höchsten Organ des Humanistischen Verbandes NRW, wählen und entsenden.

Ebenfalls kann je 1 gewählte/r Vertreter/in der in den Regierungsbezirken wohnenden Einzelmitgliedern stimmberechtigt an den Landesvorstandssitzungen teilnehmen.

Auch die Ortsgemeinschaften entsenden zukünftig je 1 Delegierte/n zu den Landesvorstandssitzungen.

Ferner war eine Änderung der Beitragsordnung notwendig.

Die Landesversammlung verabschiedete einen Antrag, dass allen, die ihre Mitgliedschaft vor dem 31.12.2001 erklärt haben, das **Recht auf exakte Umrechnung ihres bisherigen Beitrags in Euro und Cent** einräumt.

Gleichzeitig wird aber an alle Mitglieder appelliert, ihren Monatsbeitrag auf volle 0,50 Euro aufzurunden. Dieses wird den Mitgliedern bei der Jahresrechnung 2002 mitgeteilt.

Für alle Neumitglieder ab dem 01.01.2002 wurde ebenfalls eine neue Beitragsordnung verabschiedet. Diese betrifft, wie gesagt, nur diejenigen, die im neuen Jahr die Mitgliedschaftsrechte erwerben.

Alle Mitglieder werden gebeten, einen monatlichen Mindestbeitrag von 3 Euro zu entrichten.
Dieter Grützner

Mitglieder, ohne Anbindung an eine Ortsgemeinschaft, gehen mit größeren

Mitbestimmungsrechten aus der a.o. Landesversammlung am 03.10. in Dortmund hervor.

Die alte Landesverfassung räumte unseren Einzelmitgliedern, also den Mitgliedern, die sich nicht einer traditionellen Ortsgemeinschaft anschließen konnten, keine Einflußmöglichkeiten ein.

Die Verfassungskommission des Landesvorstandes erarbeitete eine Verfassungsänderung, die von den Delegierten der Landesversammlung einstimmig angenommen wurde.

Danach ist die Organisationsform, bei der sich Ortsgemeinschaften zu Bezirken zusammenschlossen, aufgehoben. Statt dessen wurden die Grenzen der Regierungsbezirke für unseren Landesverband eingeführt. Die darin wohnenden Einzelmitglieder können nun Delegierte zur Landesversammlung, dem höchsten Organ des Humanistischen Verbandes NRW, wählen und entsenden.

Ebenfalls kann je 1 gewählte/r Vertreter/in der in den Regierungsbezirken wohnenden Einzelmitgliedern stimmberechtigt an den Landesvorstandssitzungen teilnehmen.

Auch die Ortsgemeinschaften entsenden zukünftig je 1 Delegierte/n zu den Landesvorstandssitzungen.

Ferner war eine Änderung der Beitragsordnung notwendig.

Die Landesversammlung verabschiedete einen Antrag, dass allen, die ihre Mitgliedschaft vor dem 31.12.2001 erklärt haben, das **Recht auf exakte Umrechnung ihres bisherigen Beitrags in Euro und Cent** einräumt.

Gleichzeitig wird aber an alle Mitglieder appelliert, ihren Monatsbeitrag auf volle 0,50 Euro aufzurunden. Dieses wird den Mitgliedern bei der Jahresrechnung 2002 mitgeteilt.

Für alle Neumitglieder ab dem 01.01.2002 wurde ebenfalls eine neue Beitragsordnung verabschiedet. Diese betrifft, wie gesagt, nur diejenigen, die im neuen Jahr die Mitgliedschaftsrechte erwerben.

Alle Mitglieder werden gebeten, einen monatlichen Mindestbeitrag von 3 Euro zu entrichten.
Dieter Grützner

Humanitas Verlag

Küpperstr. 1, 44135 Dortmund

Tel.: 0231 527248; Fax 572072

Jacob/Drewes

Aus der Waldorfschule geplaudert

264 S.; Alibri, DM 28,00

Grandt/Grandt

Waldorf Connection

356 S., Alibri DM 36,00

Colin Goldner

Dalai Lama - Fall eines Gottkönigs

455 S.; Alibri, DM 39,00;

Bernd Harder

Nostradamus. Ein Mythos wird entschlüsselt

153 S.; Alibri, DM 24,00

Ali Dashti

23 Jahre. Die Karriere des Propheten Muhammad; 381 S., Alibri, DM 36,00

Berliner Medizinethische Schriften

Humanitas Verlag; Band 1 - 43;

je DM 9,80; komplett oder im Abo je DM 7,50

Reihe "Humanismus Aktuell"

7 Bände je DM 9,80

humanismus heute

Bd. 1 - 8; je DM 14,00; auch im Abo

und viele andere Titel!

Fordern Sie unseren Versandkatalog an oder bestellen Sie direkt beim

Humanitas Verlag

Dortmund

Bücher-Flohmarkt

In den Räumen der Küpferstr. 1 in Dortmund findet unser fast schon traditioneller Bücher- Flohmarkt **am 25. und 26. November** jeweils von 10.00 - 17.00 Uhr statt.

Aus zahlreichen Bücherspenden, für die wir uns auch an dieser Stelle bei unseren Mitgliedern und Interessenten noch einmal herzlich bedanken, können wir ein lohnenswertes Angebot unterbreiten.

Neben einem umfangreichen Bestand an Weltliteratur, Romanen, Krimis etc. haben wir in diesem Jahr viel Reiseliteratur und Sportbände verschiedener Olympiaden und Fußballweltmeisterschaften.

Ebenfalls sind in diesem Jahr Schall- platten der 50er, 60er und 70er Jahre vorhanden. Ebenso zahlreiche Videofilme .

Planen Sie also für den 25. oder 26. November einen Besuch unseres Bücherflohmarkts ein.

Der Erlös geht in den Aufbau unseres Besuchsdienstes "VISITE" für kranke und einsame Mitglieder - aber auch anderer Menschen, die sich an uns wenden.

Säkularisierung in Deutschland

Soziologische Befunde und Perspektiven freigeistiger Verbände

Einladung zu einer Fachtagung am 01./02. Dezember 2001 in Berlin

Zusammen mit der Akademie der Politischen Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltet die Humanistische Akademie diese interessante Fachtagung.

Tagungsort : Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin;

Eintritt frei

Tagungsleitung : *Dr. Johannes Kandel*

Tagungsablauf :

01. 12., Samstag:

10.00 Begrüßung und kurze Einführungsreden

10.30 Säkularisiertes Europa?

- *Dr. Otto Kallscheuer*, Sassari/Italien, Politologe und Philosoph

12.30 Mittagspause

14.00 Wie säkularisiert ist der Alltag in Deutschland?

- *Prof. Dr. Wolfgang Kaschuba*, Berlin, Ethnologe

15.30 Kaffeepause

16.00 Diskussion in vier Arbeitskreisen

- *Dr. Ulrich Nanko*, Religionswissenschaftler: Säkularisierung und Säkularisation im aktuellen Verständnis der Religionswissenschaft

- *Dr. Gerhard Czermak*, Jurist: Religions- und Weltanschauungsverfassung im säkularisierten Staat

- *Dr. Armin Pfahl-Traughber*, Sozialwissenschaftler: Notwendige Grenzen der Religions- und Weltanschauungsfreiheit in einem säkularen demokratischen Verfassungsstaat

- *Dr. Horst Groschopp*, Kulturwissenschaftler: Die organisierten Freigeister – "Gegenkirchen" oder Verbände zur Beförderung der Säkularisation

18.00 Abendpause

19.15 Berichte aus den Arbeitskreisen (je 7-10 min) und deren Diskussion

21.15 Geselligkeit (bei Bedarf)

02.12., Sonntag:

09.30 Säkularisierung und Wertorientierung bei Jugendlichen

- *Prof. Werner Fuchs-Heinritz*, Hagen, Soziologe (Shell-Studie)

11.30 Kaffeepause

12.00 Abschlussdiskussion

13.00 Mittagessen

Anmeldungen: Humanistische Akademie, Wallstr. 65, 10179 Berlin; ☎ 030-613904-0; Fax: 030-613904-50

eMail:hvd-berlin@humanismus.de

Freies Denken

Impressum:

Herausgeber: Humanistischer Verband NRW, Küpferstr. 1, 44135 Dortmund; Tel.-Nr. 0231 52 72 48; fax 0231 57 20 72 im Selbstverlag; ISSN-Nr.: 0947-3432; e-mail: hvd-nrw@humanismus.de; Verantwortlich : Rolf Stöckel MdB

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion und des Humanistischen Verbandes NRW entsprechen.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Spendenkonto: Stadtparkasse Dortmund; BLZ 44050199; Kto-Nr.: 161019011

Druck: Montania Druck- u. Verlagsges. mbH, Dortmund